Die Transformation der Russischen Föderation – zwischen Demokratie und Autokratie 1990-2008

Russland unter Jelzin, Putin und Medwedew

I. Russland emanzipiert sich von der Sowjetunion

1. Es lässt sich die These vertreten, dass die Machtrivalität zwischen Gorbatschow und seinem Herausforderer Boris Jelzin zur Auflösung der SU und zur Bildung der Russischen Föderation als dem neuen Machtzentrum im postsowjetischen Raum geführt hat.

In Wirklichkeit sind es diese beiden Personen gewesen, die das mächtige, gleichwohl nicht lebensfähige, weil nur auf Unterwerfung der Bevölkerung beruhende Phantom der SU beseitigt haben – der eine, weil er versuchte, an einem dazu untauglichen Objekt eine Systemkorrektur vorzunehmen, der andere, weil er die Brüchigkeit des sowjetischen Systems erkannte und die Zukunft des Raumes auf die Kontinuität des Sozialkörpers Russland mit seinen nacheinander stattfindenden verschiedenen „Inkarnationen“ abstützten wollte. Jelzin beanspruchte, wie auch die Beschlüsse von Wiskuli/Belarus vom 9. Dezember 1991 zeigen, eine privilegierte Stellung für Russland im postsowjetischen Traum.

2. So sehr sich Wladimir Putin auch in vielen Aspekten der Amtsführung als Regierungschef von den Strategien Jelzins unterscheiden mag, so teilen die beiden Staats-Chefs doch auf jeden Fall die Überzeugung, dass Russland die historische Mission einer besonderen Führungsrolle im postsowjetischen Raum habe. Manche Beobachter schließen auch die baltischen Republiken in diesen „Herrschaftsraum“ ein.

Der Weg zur Unabhängigkeit begann für Russland mit der Erklärung der nationalen Souveränität am 12 Juni 1990, mit dem die russischen Gesetze über die der SU gestellt wurden. Einen Monat später trat Jelzin aus der KPdSU aus. Ein Jahr später (12. Juli 1991) wählte die russische Bevölkerung direkt Jelzin zum Präsidenten der Russischen Föderation (57 %, der abgegebenen Stimmen – als wichtigster Konkurrent um das Amt des Präsidenten trat der nationalistische Führer Schirinowski an). Schon im Jahre 1990 war Jelzin vom russischen Parlament zum Vorsitzenden des Parlaments und damit indirekt zum Staatsoberhaupt gewählt worden.

Gorbatschow wurde nicht direkt, sondern auf der Grundlage der am 1. Dezember 1988 angenommenen neuen Verfassung vom Parlament (Kongress der Volksdeputierten) im März 1990 zum Präsidenten der Sowjetunion gewählt. Das Machtmonopol der KPdSU war eliminiert worden – in der Verfassung, aber nicht in den Köpfen und Herzen vieler Sowjetbürger und Bürgerinnen.

Der neuen sowjetischen Verfassung war kein langes Leben beschieden. Die zentralen Organe der Sowjetunion mussten sich der immer neuen Versuche de Republiken erwehren, die Gesetzgebungs-Kompetenz an sich zu ziehen und die eigene Souveränität mit Leben

auszufüllen. In der Sowjetunion folgte ein Ermächtigungsgesetz dem anderen, um dem Zerfall der SU entgegenzuwirken – vergebens:

3. Jelzin unterzeichnete mit neun anderen Staats-Chefs von SU-Republiken am 24. April 1991 in Novo-Organovo außerhalb von Moskau eine **Gemeinsame Erklärung zur Vorbereitung eines neuen Unionsvertrages.** Die Regierungschefs einigten sich auf die Einführung der Marktwirtschaft. Am 3. Juni 1991 unterzeichneten außer den baltischen Republiken alle anderen 12 Republiken und Gorbatschow den Entwurf für einen neuen Unionsvertrag, der auch die Fortsetzung des demokratischen und wirtschaftspolitischen Transformationskurses festlegte. Eine demokratische Union wurde als Partei gegründet – ihr gehörten Jelzin, Alexander Jakowlew, Schewardnadse, Sobtschak/Bürgermeister Leningrad an. Gorbatschow wandelte die KPdSU am 25./26. Juli 1991 in eine sozialdemokratische Partei um.

4. Der Putsch vom 19. 08. 1991

Gegen den „Ausverkauf der SU“ und ihrer zentralen Institutionen an die Teilrepubliken wandte sich der Militärputsch vom 19.08. 1991.

Der Putsch kündigte sich durch einige Artikel an, u. a. von Rasputin/Bondarjew, aber unterzeichnet vom stellvertretenden Verteidigungsminister Warenikow und vom ersten stellvertretenden Innenminister Gromow (Afghanistan). Anfang August 1991 hatten Bush und Gorbatschow in Moskau den START Vertrag unterzeichnet.

Da die Putschisten nicht mehr als sowjetische Befehlshaber über die Truppen kommandierten, und diese Kommandogewalt im Allgemeinen bei den Republiken lag, konnte Jelzin ohne Schwierigkeiten die politische Entscheidungsgewalt gegenüber den auf Russland eingeschworenen Truppen in Moskau erzwingen. Der Generalstreik wurde ebenfalls von Jelzin ausgerufen.

Der Fehlschlag der Putschisten beschleunigte den inneren und äußeren Zerfall der SU-Staatsstruktur (Unabhängigkeitserklärungen, gefolgt vom entsprechenden Maßnahmen der Parlamente und Regierungen. Am 23. August sprach sich Gorbatschow - formal noch Präsident der SU - im Russischen Parlament – gegen ein Verbot parteipolitischer Tätigkeit öffentlich Bediensteter aus. Am nächsten Tage musste er als GS der KPdSU zurücktreten und der Partei Neugründung als Sozialdemokratische Partei der SU. Das war nun auch das Ende der kommunistischen Einparteienherrschaft in der Sowjetunion und in der Russischen Republik.

In den Mittelpunkt rückten die akuten Versorgungsprobleme der sowjetischen, der russischen und der lokalen Bevölkerung, wo auch immer sie lebte, und die Probleme finanzieller Art als Ergebnis der leeren Kassen in Russland und in den anderen Nachfolgestaaten der Sowjetunion.

Substantielle Finanz-Hilfen des Westens waren unentbehrlich geworden.

II. Die letzten Tage der Sowjetunion

Am 8. 12. 1991 erfolgte in WISKULI/Belarus die Gründung des „Commonwealth of Independent States“ und einer „Slawischen Union“ (drei Staaten) durch Jelzin, Kravtschuk und Schuschkewitch Die SU als solche wurde nicht mehr existent erklärt. Gorbatschow trat am 25.12. 1991 als Präsident der SU zurück. Seine über Fernsehen und Rundfunk verbreitete Abschiedsrede ist bemerkenswert.

Andere Republiken traten der GUS bei (ohne Ukraine): Entgegen den vereinbarten Regeln wechselte der Vorsitz nicht zwischen den GUS-Mitgliedstaaten. Erst Putin bot der Ukraine diese Funktion an.
Die GUS-Gruppierung sollte eine gemeinsame Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik haben.

Eine Periode des Zerfalls, der Armut und der bislang gepflegten Werte setzte ein. Zerfall, auch der Moral und Werte, die zugleich die Rahmenbedingungen für die Wiedergeburt eines russischen Staates mit einer zwar beanspruchten, aber nicht akzeptierten Führungsrolle im GUS-Rahmen („Primus Inter Pares“). GUS wurde auch auf der internationalen Bühne nicht als ein zwischenstaatlicher Zusammenschluss anerkannt.

Geburtstunde Russlands als „Primus inter Pares“ in GUS, aber ohne internationale von GUS als Subjekt internationalen Rechts.

III. Russland unter Jelzin 1990-1999 – Zeit der Wirren – Die Wilden Jahre

1. Die Jelzin-Herrschaft:

- 1991-93: Verfassungskonflikt über Kompetenz-Kompetenz; Gewaltanwendung – Bürgerkriegartige Situation in Moskau
- Westen und die Auflösung der SU
- Jelzin-Stabilitätspolitik – WB, IMF, Bundesrepublik Deutschland
- Verfassungskonflikt 1993

Aus der Initiative von Jelzin und dem Treffen mit neun Staats-Chefs von Sowjetrepubliken im Sommer 1991 erwuchs das neue Unionskonzept – mehr föderativ und auch konföderativ als zentristisch. In der Partei und beim Militär regte sich Widerstand gegen die Schwächung der Sowjetunion und der zentralen Organe.

2. Auch die Sowjetunion vermittelte mit ihrer früheren Verfassung von 1977/78 den Eindruck eines föderalistischen Systems, dass es sich bei diesem Staat also um ein Land mit einer bundesstaatlichen Struktur handele. Diese föderale Verfassung war aber wegen der Monopolstellung der KPdSU für die politische Entscheidungsfindung im Lande weitgehend irrelevant. Nach dem Ende der KPdSU lebte der Föderalismus und der Nationalismus der 15 Republiken als Ordnungsprinzip auf.

2. Wegen der Beteiligung am gewaltsamen Widerstand gegen die von Jelzin vorangetriebene revidierte neue Verfassung wird die KP Russlands am Vorabend der Dezember-Wahlen und des Referendums über die Verfassung (1993) verboten.

Mäßige Beteiligung an den Wahlen am 12. Dezember 1993 – Unregelmäßigkeiten werden berichtet, auch von internationalen Beobachtern. Kommunisten (Sozialisten, da Kommunistische Partei verboten worden war) und Nationalisten (Schirinowski) haben zusammen die Mehrheit im Parlament.

Die Verfassung sieht zwei Kammern vor; die Bürger haben zwei Stimmen bei den Wahlen. Nach der Verfassung blieb es, wie das föderative Prinzip ausgefüllt werden sollte: Jelzin-Lösung: Wahlen für Gouverneure, und für die Abgeordneten im der zentralen Föderativen Kammer.
Privatisierung der Industrie – in der Wirtschaft bilden sich Oligarchen- und Mafia-Strukturen (Medien, Banken, Energie-Träger); langsame Landreform.

Gesetzesinitiativen verlaufen im Winde: Das Verordnungsrecht des Präsidenten kommt zur Anwendung
.
Die Reform des Militärwesens wird dringend. In den Streitkräften herrschen verheerende Zustände, die beim ersten Tschetschenien-Krieg im Winter 1994/95 zutage treten (Mütter holen ihre Söhne aus den Kriegsgebieten zurück).
Zentralbank-Bemühungen, dem Währungsverfall mit Steuerreformen und IMF/Weltbank-Krediten entgegenzuwirken.

3. 1995: Neuwahlen zum Parlament: - Wahlfälschungen
1996 Neuahlen für das Präsidentenamt– man glaubte Jelzin sei ernsthaft krank – aber er kam wieder auf die Beine und konnte sich erneut bei den Wahlen – mit Hilfe von Lebed und dessen Partei – im zweiten Wahlgang durchsetzen. Anfang 1996 genoss Jelzin noch das Vertrauen von nur 4 bis 5 Prozent der Bevölkerung.

Kritische Beurteilung der Wahlen durch den Westen. Finanzkrisen, Aktivitäten der Oligarchen und der Mafia, sowie der politische Wildwuchs in den Provinzen machten das Land unregierbar. Man spricht daher von den Jelzin Jahren als der Periode der Wirren und von den „wilden Jahren“, die sich in der Rubelkrise von 1998 niederschlugen. Die Begriffe „Marktwirtschaft“, „Reform“ und „Demokratie“ nahmen einen schlechten Geschmack an.

IV. Das System Putin (1999-2008) – „Der Starke Staat“ und die Anfänge der Medwedew-Präsidentschaft (2008-)

1. Im Jahre 1999 erfolgten der vorzeitige Rücktritt von Jelzin und die Nominierung des Nachfolgers – zunächst im Amt des Ministerpräsidenten, dann als amtierender Präsident und schließlich im Frühjahr 2000 durch die Wahlen selbst: Wladimir Putin, der auf eine eindrucksvolle Karriere im öffentlichen Dienst zurückschauen konnte, für einige Jahrzehnte im KGB, u. a. in Deutschland.

1999 Putin: Antrittsrede in Form eines Internet-Auftritts: „Ich bin kein Demokrat, aber ich weiß, dass Russland eine Demokratie werden muss. Russland braucht jetzt -in den Zeiten des Übergangs und der Wirren - einen starken Staat, der die Gesetze zur Anwendung bringt“ „Die

Diktatur der Gesetze ist vonnöten“ erklärt Putin. An diese Grundsätze hat er sich gehalten und mit diesen Grundsätzen ist er im Jahre 2004 mit großer Mehrheit im ersten Wahlgang wieder gewählt worden. Putin hat systematisch die Machtstellung des Präsidialamtes gestärkt, verfügt über eine Mehrheit im Parlament und hat die Autonomiebestrebungen der Föderationssubjekte mit der Wiederherstellung der vertikalen Verwaltungsstruktur an Stelle der regional und lokal gewählten Amtsträger.

2. Die Wirtschafts- und Finanzlage verbessert sich, allerdings hängt sie weiterhin von den Rohstoffen und Energieträgern ab. Die sozialen Verhältnisse sind im höchsten Masse unbefriedigend. Die Landwirtschaft erholt sich nur langsam von der Sowjetisierung.

3. Die Achillesferse ist der fortdauernde Tschetschenienkrieg, dessen Fortsetzung möglich ist, weil Russland im Zuge der globalen Gefahren des Internationalen Terrorismus ein Bündnis mit den USA und mit dem Westen eingegangen ist und auf Verständnis für die eigenen Probleme mit islamischen Fundamentalisten bauen kann (Überflugrechte für Militärmaschinen westlicher Länder und Unterhalt westlicher Militärbasen in Zentralasien für den Einsatz in Afghanistan). Im Zuge der Straffung der staatlichen Funktionen sind die Geheimdienste gestärkt und die Pressefreiheit eingeschränkt worden. Den Oligarchen sind politische und wirtschaftspolitische Grenzen für ihre Marktstrategien gesetzt worden. Die Zivilgesellschaft wird obrigkeitlich in Bürgerforen organisiert. Unabhängige Zivilgesellschaft gibt es, aber sie steht unter Druck. Doch wird die moralische und geistige Erneuerung Rußlands nach den Jahrzehnten der Versklavung durch die staatlichen und parteilichen Organe sehr wesentlich von diesen Gruppen abhängen, die das Salz der Erde in Russland sind. Die Orthodoxe Kirche hat diese Rolle nicht angenommen.

4. Im Jahre 2008 stellte ich in meiner Vorlesung fest: „Putin kann nach der Verfassung nicht noch einmal als Kandidat für das Präsidentenamt zur Wahl stehen (2008). Er wird den Nachfolger mit allen dazu zur Verfügung stehenden Kräften aufbauen wollen. Doch diese Situation stellt auch eine Chance für die Zivilgesellschaft dar, einen Kandidaten und ein alternatives Regierungsprogramm vorzustellen und das Land zu mobilisieren. Beeinträchtigt wird dieses Vorgehen durch den Umstand, dass die Kommunisten für ein solches Bündnis nicht aktiviert werden können und nicht aktiviert werden sollten, und dass für einen ausgedehnten Wahlkampf wahrscheinlich genügend Mittel aus der Zivilgesellschaft kommen werden – es sei denn, man greift auf Mittel der Oligarchen zurück, und das ist ebenso politischer Selbstmord, wie es ein Bündnis mit den Kommunisten wäre“.

Heute muss man feststellen: Im Wege manipulierter Wahlen und einer von oben nach unten gebildeten Partei „Einheit“ hat das „System Putin“ einerseits dem Gesetz Rechnung getragen und mit Medwedew, einem weiteren Vertrauen Putins, im März 2008 einen neuen Präsidenten gewählt, andererseits hat Putin durch den Wechsel in den Parteivorsitz und mit der Wahl zum Ministerpräsident eine Doppelspitze geschaffen , die den Übergang stabilisiert und eine Basis für die Kontinuität im Lande im Falle unerwarteter Entwicklungen gewährleisten soll. Ob die Schwachpunkte des Landes – die fehlende moderne industrielle Basis, die kränkelnde Infrastruktur und die im infantilen Zustand verharrende Zivilgesellschaft unter der jetzigen Struktur der Macht behoben werden können – muss mit großen Fragezeichen versehen werden. Gefahr droht auf der internationalen Ebene durch eine offensive Politik der Reintegration von Randgebieten an Moskau bzw. gegenüber Nachfolgestaaten (Ukraine).

5. In- und Ausland fragen sich: Ist Russland auf dem Wege zu einer Demokratie – oder auf dem Wege zu einem undemokratischen autoritären Staat (Obrigkeitsstaat)?

Zu Beginn der Präsidentschaft Medwedew und der Doppelkopfherrschaft Putin-Medwedew neigt sich die Waage zugunsten eines neuen, autoritär regierten Russland mit schwach entwickelten zivilgesellschaftlich getragenen Bewegungen und Zentren. Die Stimmen mehren sich, die Russland auf dem Wege zu einer autoritären Präsidialdemokratie sehen – mit wenig zivilgesellschaftlich verankerten Demokratie-Impulsen.

Berlin, Oktober 2008